

A. Gesetzesinfos

1. Gesetz gegen unfairen Wettbewerb

Das Bundeskabinett hat einen Gesetzesentwurf zur Stärkung des fairen Wettbewerbs beschlossen, der insbesondere kleine und Kleinstunternehmen vor missbräuchlichen Abmahnungen schützen soll. Im Fokus stehen dabei insbesondere auch Abmahnungen wegen Verstößen, gegen die DSGVO (<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2019/20190515-altmaier-gesetzesentwurf-staerkung-des-fairen-wettbewerbs.html>).

2. DSAnpUG

Der Bundestag hat am 28.06.2019 das 2. DSAnpUG beschlossen und die Bestellpflicht betrieblicher Datenschutzbeauftragter von 10 auf 20 Personen erhöht, die die ständig personenbezogene Daten verarbeiten (<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw26-de-datenschutz-649218>).

3. Cybersecurity Act

Der Cybersecurity Act (EU Verordnung 2019/881 über die ENISA und über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik) wurde am 7.6.2019 im EU Amtsblatt veröffentlicht (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32019R0881&from=DE>).

4. Verordnung zum Umgang mit nicht personenbezogenen Daten

Die Verordnung (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32018R1807&from=de>) regelt das Zusammenspiel der Datenschutzgrundverordnung zu personenbezogenen Daten und der neuen Verordnung zu nicht personenbezogenen Daten, dazu ein Leitfaden: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52019DC0250&qid=1560349152512&from=EN>.

B. DSGVO

1. DSGVO-Hysterie Ein Jahr nach dem Weltuntergang

„DSGVO-Hysterie Ein Jahr nach dem Weltuntergang“ so ein SPIEGEL-Titel. In dem Beitrag werden die Irrungen und Ängste im Rahmen der Einführung der DSGVO plakativ dargestellt (<https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/dsgvo-mythen-aus-dem-ersten-jahr-datenschutz-grundverordnung-a-1265926.html>). Weniger plakativ, dafür vertiefend betrachtend präsentiert ein Gutachten im Auftrag der GRÜNEN das Thema (https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/datenschutz/Gutachten_DSGVO.pdf).

2. Meldepflicht und Benachrichtigungspflicht des Verantwortlichen

Das BayLDA hat eine sehr lesenswerte Orientierungshilfe zu den Meldepflichten bei Datenschutzpannen veröffentlicht (<https://www.datenschutz->

bayern.de/datenschutzreform2018/OH_Meldepflichten.pdf?mc_cid=9c929f9218&mc_eid=2f460c6694).

3. Das Sanktionsregime der DSGVO

Das Forum Privatheit hat einen Forschungsbericht „Das Sanktionsregime der Datenschutz-Grundverordnung - Auswirkungen auf Unternehmen und Datenschutzaufsichtsbehörden“ veröffentlicht (https://www.forum-privatheit.de/wp-content/uploads/Bericht_DSGVO_Sanktionsregime.pdf).

4. Übersicht Sanktionen zu Datenschutzverstößen

Unter <https://www.juraforum.de/ratgeber/datenschutzrecht/ein-jahr-dsgvo> findet sich eine Übersicht zum Stand der ausgesprochenen Bußgelder deutscher Aufsichtsbehörden bis Mai 2019. Unter https://dataagenda.de/wp-content/uploads/2019/05/DataAgenda-Arbeitspapier-06_DS-GVO-Bu%C3%9Fgelder.pdf werden auf europäischer Ebene Bußgelder aufgelistet.

5. Musterverträge zur Gemeinsamen Verantwortlichkeit nach Art. 26 DSGVO

Es sind zwei neue Musterverträge zur Gemeinsamen Verantwortlichkeit nach Art. 26 DSGVO veröffentlicht worden: <https://www.datenschutz-guru.de/mustervertrag-gemeinsame-verantwortlichkeit/> + https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/wp-content/uploads/2019/05/190521_Vertragsmuster-Art-26.docx.

6. Kostenloser Ratgeber zum Thema “BDSG-neu

Ein Ratgeber zum Thema “BDSG-neu informiert: Was enthält das neue Bundesdatenschutzgesetz?” (<https://www.datenschutz.org/bdsg-neu/>).

7. Datenschutz im Betrieb

Die Stiftung Datenschutz hat eine Handreichung für Beschäftigte veröffentlicht: Datenschutz im Betrieb (https://stiftungdatenschutz.org/fileadmin/Redaktion/PDF/Datenschutz_im_Betrieb__2018_/SDS_Datenschutz_im_Betrieb_v1_0_-_20180809.pdf) Betrieb.

8. Bußgelder können auch Einzelpersonen im Unternehmen treffen

Bei persönlichen Pflichtverletzungen können sogar Mitarbeiter öffentlicher Stellen mit einem Bußgeld belegt werden (öffentliche Stellen sind als Adressaten von Bußgeldern nicht vorgesehen). Das LfDI Baden-Württemberg verhängte ein Bußgeld gegen einen Polizeibeamten (<https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/wp-content/uploads/2019/06/Erstes-Bu%C3%9Fgeld-gegen-Polizeibeamten.pdf>). Die Höhe betrug 1400 € (<https://www.heise.de/newsticker/meldung/DSGVO-Datenschutzaufsicht-im-Laendle-verhaengt-erstes-Bussgeld-gegen-Polizeibeamten-4450131.html>).

C. Urteile und Beschlüsse von Gerichten

1. Gmail kein elektronischer Telekommunikationsdienst

Gmail ist kein elektronischer Telekommunikationsdienst, so der EuGH mit Urteil vom 13.06.2019, Az.: C-193/18. Der Versuch der Bundesnetzagentur ist damit gescheitert unter anderem auch

Überwachungs-Schnittstellen zu Gmail zu erzwingen. Damit wird das Medium Email – insbesondere für sensible Daten – geschwächt, da es nicht in den Schutzbereich des TKG fällt.

2. Arbeitszeitaufzeichnungen müssen in Deutschland konkretisiert werden

Der EuGH hat mit Urteil vom 14.5.2019, Az.: C-55/18 entschieden, dass die EU-Mitgliedstaaten die Arbeitgeber dazu verpflichten müssen, „ein objektives, verlässliches und zugängliches System einzuführen, mit dem die von einem jeden Arbeitnehmer geleistete tägliche Arbeitszeit gemessen werden kann. Die Neue Richtervereinigung hat dazu eine instruktive Erläuterung veröffentlicht (https://www.neuerichter.de/fileadmin/user_upload/fg_arbeitsrecht/FG-ArbR-2019-06_EuGH_und_Arbeitszeitaufzeichnungen_-_Aktuelle_Auswirkungen.pdf).

3. Zulässigkeit Videoüberwachung

Das BVerwG hat mit Urteil vom 27. März 2019, Az.: 6 C 2.18 die Grenzen der Zulässigkeit der Videoüberwachung – nach altem und nach neuem Recht – ausgeleuchtet und die Zulässigkeit einer Videoüberwachung im Unternehmen (hier: Zahnarztpraxis) an der Interessenabwägung gemäß Art. 58 Abs. 2 Buchst. d i.V.m. Art. 6 Abs. 1 Ziff. f DSGVO gemessen.

4. UWG und DSGVO stehen gleichberechtigt nebeneinander

Das OLG München hat mit Urteil vom 07.02.2019, Az.: 6 U 2404/18 in einem Fall unerlaubter Telefonwerbung ohne vorliegende Einwilligung deutlich gemacht, dass UWG-Verstöße nicht durch Regelungen aus der DSGVO begründet werden können. Vielmehr stehen beide Rechtsvorschriften gleichberechtigt nebeneinander.

5. Zur Abmahnfähigkeit von Datenschutz-Verstößen

Das LG Stuttgart hat mit Urteil vom 20.05.2019, Az.: 35 O 68/18 KfH möglichen datenschutzrechtlichen Wettbewerbsverstöße enge Grenzen gezogen und auf die abschließenden Regelungen der DSGVO verwiesen.

6. Veröffentlichung von Kinderfotos nur mit Einverständnis beider Elternteile

Das OLG Oldenburg hat mit Beschluss vom 24.05.2018, Az.: 13 W 10/18 einen Löschantrag von Kinderfotos im Internet statt gegeben und darauf hingewiesen, dass eine Veröffentlichung von Kinderfotos nur mit dem Einverständnis beider Elternteile möglich ist.

7. Reichweite Auskunftsrecht

Das LG Köln hat mit Urteil vom 18.03.2019, Az.: 26 O 25/18 das Auskunftsrecht gemäß Art. 15 DSGVO weit ausgelegt. In Bezug auf Patientendaten wurde jedoch widersprüchlich argumentiert. Damit bleibt es weiterhin unklar, inwieweit Akteneinsichtswünsche vom Auskunftsrecht abzugrenzen ist. Hauser, Recht auf Einsichtnahme versus Recht auf Auskunft?, Das Krankenhaus 12/2018, S. 1202 liefert treffende Abgrenzungskriterien.

8. „Freiwillige Einwilligung“ in Ausweiskopie

Mit Urteil vom 30.04.2019, Az.: L 26 AS 2621/17) hat das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg einem Anspruch stattgegeben, eine Personalausweiskopie bei einem Jobcenter zu löschen. Was das auslösen kann, findet sich hier: <https://ddrm.de/geschaeftsfuehrer-des-jobcenters-offenbach-antwortet-auf-kritik-an-vorgeblich-freiwilligen-einverstaendniserklaerungen/>

9. Datenherausgabe eines Online-Portals bei schwerer Persönlichkeitsrechtsverletzung

Das LG Frankfurt/M. hat mit Beschluss vom 18.02.2019, Az. 2-03 O 174/18 die Pflicht zur Auskunft eines Online-Diensteanbieters zur Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche bei schwerer Persönlichkeitsrechtsverletzung bejaht.

10. Erben haben Recht auf Zugang zur Apple iCloud

Das LG Münster hat mit Urteil vom 24.04.2019, Az.: 014 O 565/18 den Erben eines Verstorbenen Zugang zu den Inhalten der Apple iCloud zugesprochen. Grund war Klarheit über den Tod des Verstorbenen zu bekommen. Das Urteil folgt der BGB Entscheidung vom 12.07.2018, Az.: III ZR 183/17 mit einer ähnlichen Fragestellung und Zugang zum Facebook-Account.

11. Unzulässige Videoüberwachung durch Nachbarn

Das AG München hat mit Urteil vom 28.02.2019, Az.: 484 C 18186/18 WEG Videoüberwachungen, durch die Nachbarn mit erfasst werden, grundsätzlich eine Absage erteilt.

12. Drohnenabschuss zur Wahrung des Persönlichkeitsrechts

Nach verschiedenen Berichten (z. B. <https://netzpolitik.org/2019/drohnen-datenschutz-mit-dem-luftgewehr/>) hat das AG Riesa den Abschuss einer Drohne mit einem Luftgewehr zur Wahrung des Persönlichkeitsrechts aufgrund des Selbsthilfeparagrafen § 229 BGB für rechtmäßig angesehen.

D. Sonstiges

1. Datenübermittlung Krankenhaus und Hausarzt

Das Schriftformerfordernis für die Datenübermittlung zwischen Krankenhäusern und Hausärzten gemäß § 73 Abs. 1b SGB V ist nun entfallen, da es nicht mit den Einwilligungsanfordernissen anderer Einwilligungen und insbesondere nicht mit Art. 7 Abs. 1 DSGVO harmonierte. Weitere Infos über die Krankenhausgesellschaften.

2. Personalausweis und Datenschutz

Das LDI NRW hat eine Handreichung zum Thema Personalausweis und Datenschutz veröffentlicht (https://www.lidi.nrw.de/mainmenu_Aktuelles/Inhalt/Personalausweis-und-Datenschutz/Datenschutz-und-Personalausweis-2019_06.pdf?mc_cid=9c929f9218&mc_eid=2f460c6694).

3. 27. Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Der 27. Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit wurde veröffentlicht, auch mit einigen Themen zu Gesundheit und Soziales (medizinischen Forschung und im Gesundheitswesen, GesundheitsApps, Registern im Gesundheitswesen etc.) https://www.bfdi.bund.de/SharedDocs/Publikationen/Taetigkeitsberichte/TB_BfDI/27TB_17_18.pdf?__blob=publicationFile&v=3.

4. Tätigkeitsbericht des ULD (Schleswig-Holstein)

Das ULD hat den Tätigkeitsbericht 2019 veröffentlicht (<https://www.datenschutzzentrum.de/tb/tb37/uld-37-taetigkeitsbericht-2019.pdf>).

5. Tätigkeitsbericht Saarland

Das Unabhängige Datenschutzzentrum Saarland hat seinen 27. Tätigkeitsbericht veröffentlicht (https://datenschutz.saarland.de/fileadmin/tberichte/tb27_1718.pdf). Dort finden sich ab Seite 94 auch eine Reihe von Themen zu Gesundheit und Soziales.

6. Tätigkeitsbericht LDI NRW

Das LDI NRW hat seinen 24. Tätigkeitsbericht veröffentlicht, unter anderem zu den Themen Gültigkeitsdauer einer Einwilligung durch eine Abrechnungsgesellschaft, Rezeptbestellungen mittels Whats App etc.

7. Sachstand Datenschutz in der Arztpraxis

Laut dem 27. Tätigkeitsbericht des BfDI ist die große Abmahnwelle durch die DSGVO ausgeblieben, aber es gibt noch viel zu tun, so die Zusammenfassung in der Ärztezeitung (https://www.aerztezeitung.de/praxis_wirtschaft/digitalisierung_it/article/987379/datenschutzbericht-keine-dsgvo-abmahnwelle-aerzte-aber-viele-defizite.html).

8. Orientierungshilfe zu Nachweisen gemäß §8a Absatz 3 BSIG

Das BSI hat eine neue Fassung der Orientierungshilfe zu Nachweisen gemäß §8a Absatz 3 BSIG veröffentlicht. Diese hat zum Inhalt:

- Wie können KRITIS-Betreiber bei der Erfüllung der Nachweispflicht nach §8a Absatz 3 BSIG vorgehen? Welche Informationen sollten sie wem bereitstellen? (Kapitel 2)3)4)5)
- Welche Aufgaben haben prüfende Stellen? Was sind geeignete prüfende Stellen? (Kapitel
- Welche Kompetenzen sollte das Prüfteam besitzen? (Kapitel
- Wie sollte die Prüfung durchgeführt werden (Prüfgrundlage, -themen, -methoden, Umfang, Ergebnisse, Vergleichbarkeit)? (Kapitel
- Wie werden Nachweisdokumente eingereicht und welche Fristen gibt es zu beachten (Kapitel 6)?

https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/IT_SiG/Orientierungshilfe_8a_3_v10.pdf?__blob=publicationFile&v=4. Außerdem wurden alle Formulare zum Thema veröffentlicht:

https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/Industrie_KRITIS/KRITIS/IT-SiG/Was_tun/Nachweise/Orientierungshilfe/Nachweisdokumente/Nachweisdokumente_node.html.

9. Empfehlung zur sicheren Konfiguration von Microsoft-Office-Produkten

Das BSI hat eine Empfehlung zur sicheren Konfiguration von Microsoft-Office-Produkten (https://www.bsi.bund.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Presse2019/Empfehlungen_Microsoft_190619.html) veröffentlicht.

10. Umfrage zur Fotofreiheit

Der Deutsche Journalistenverband hat die Ergebnisse einer Umfrage zum Thema „Fotofreiheit und DSGVO“ veröffentlicht:

https://www.djv.de/fileadmin/user_upload/Bildjournalisten/Dokumente/Umfrage_zur_Fotofreiheit_-_Auswertung_10042019.pdf.

11. Sinn und Unsinn von Versicherungen gegen Cyber-Attacken

In Artikel <https://www.itsicherheit-online.com/blog/detail/sCategory/222/blogArticle/3081#> wird der Sinn und Unsinn, möglicherweise falsche Erwartungshaltungen und das „Kleingedruckte“ dieses Versicherungsbereichs thematisiert.

12. Nicht witzig

Der griechische Staat versteigert Krankenakten ... (<https://www.heise.de/tp/features/Griechenland-Der-Staat-verkauft-persoенliche-Krankenakten-4409944.html>).

13. Social Engineering und Phishing

Viele Infos zum Schutz vor Social Engineering und Phishing: <https://it-seal.de/awareness/bleib-wachsam.html>

E. Selbsttests/Sonstiges

1. Vermittlungsprovision bei Arztempfehlungsportal

Das LG Berlin hat mit Urteil vom 11.12.2018, Az.: 16 O 446/17 die Hinweispflicht eines Arztempfehlungsportals bekräftigt, dass dieses deutlich auf mögliche Vermittlungsprovisionen hinweisen muss. Ein „Mouse-Over“ ist nicht ausreichend.

2. Betrügerische Nachrichten erkennen - Selbsttest

Fallen Sie auf betrügerische Nachrichten herein? 20 Minuten Zeit und Sie wissen mehr: <https://www.soscisurvey.de/gefaehrliche-nachrichten/?q=quiz>

3. Online-Betrug: Gefahren erkennen und abwehren

Das folgende Video sensibilisiert für die Gefahren des Online-Betrugs: <https://it-seal.de/awareness/bleib-wachsam.html>

4. Identität gehackt? Opfer eines Datenlecks?

Unter <https://monitor.firefox.com/> kann man durch Eingabe seiner Email-Adresse(n) prüfen, ob und ggf. wann und in welchem Zusammenhang man selbst schon einmal Opfer eines Identitätsklaus oder eines Datenlecks war.

Keine Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit der Inhalte! Abmeldung des Newsletters jederzeit durch eine Rückmeldung per Email, Post oder Telefon.